

# Neuer Opiumkrieg bedroht den Weltfrieden!

## KRIEG DEM RAUSCHGIFT IN AFGHANISTAN UND SOFORTIGER ABZUG DER BUNDESWEHR!

Von Helga Zepp-LaRouche,  
Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Bitte vervielfältigen  
und weitergeben!

**K**ann ein Krieg gewonnen werden, bei dem 1. der Gegner, 2. die Art der Bedrohung und 3. die Kriegsziele falsch definiert sind? Offensichtlich nicht! Genau dies erlebt man jetzt im Fall des Krieges in Afghanistan, von dem jetzt Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg meinte, daß man das, was dort stattfindet, „umgangssprachlich“ als Krieg bezeichnen könne!

Solange diese drei Fehldiagnosen nicht behoben sind, werden die Gefahren, die von Afghanistan ausgehen, zunehmen, und Bundeswehrsoldaten werden weiter ihr Leben aufs Spiel setzen und verlieren - für einen militärischen Auftrag, der so gar nicht erfüllt werden kann!

Das Hauptproblem in Afghanistan ist der Drogenanbau und -handel: 90% der Weltheroinproduktion finden hier statt und stellen die hauptsächliche Finanzierungsquelle u.a. für die Terroranschläge in der Moskauer U-Bahn und in anderen Städten in Rußland und dem Kaukasus dar. Die bisherige Weigerung der NATO sowie der britischen und amerikanischen Regierung, gemeinsam gegen Drogenanbau und -handel vorzugehen, droht sich zu einem ernsthaften strategischen Konflikt mit Rußland auszuweiten. Allerdings reagieren neuerdings wichtige Militärkreise in den USA mit wachsender Offenheit auf die Vorschläge von Lyndon LaRouche, daß nur ein gemeinsames amerikanisch-russisches Vorgehen gegen die Drogenproduktion, das auch die ebenfalls betroffenen Staaten Iran, China und Indien mit einbezieht, die Gefahr besiegen kann.

Inzwischen hat sich deutlich herauskristallisiert, wer die Drogen als Hauptproblem bezeichnet, und wer die Drogenlobby beschützt. Der Chef der russischen Drogenbekämpfungsbehörde (FDCS), Viktor Iwanow, der Kommandeur der US-Truppen in Europa (EUCOM), Admiral James Stavridis, und der ehemalige Drogenbeauftragte Präsident Clintons, General Barry McCaffrey, sind sich einig darin, daß die größte Bedrohung aus der Produktion und dem Handeln von Opium, Heroin und Haschisch in Afghanistan herrührt, daß diese Drogen nicht nur mehr Opfer fordern als die militärischen Operationen, sondern hier auch die Finanzierungsquelle für die jüngsten Terroranschläge in Rußland und Zentralasien liegt. Sie stimmen ferner überein, daß in Afghanistan überhaupt nichts erreicht werden kann, wenn es nicht zu einer international abgestimmten Zerschlagung des Drogenhandels kommt. Aber das ist keineswegs der Auftrag der ISAF-Truppen, seit die Obama-Administration

die Programme zur Drogenvernichtung abgebrochen hat.

Iwanow betonte, die Drogen seien Massenvernichtungswaffen einer besonderen Art, die Lage für Rußland habe die Dimension einer nationalen Katastrophe erreicht. Tatsächlich sind in Rußland alleine im letzten Jahr 30.000 Abhängige im Alter von 18-24 Jahren an einer Überdosis Heroin gestorben; laut offiziellen Statistiken gibt es 2,5 Millionen Drogenabhängige, eine Zahl, die explosionsartig ansteigt. Laut McCaffrey bringt das afghanische Heroin pro Jahr etwa 10.000 Menschen in den NATO-Mitgliedstaaten um, und damit fünfmal so viele, wie die NATO in allen Kampfhandlungen verliert. Nicht minder dramatisch für die nationale Sicherheit in Rußland ist die Tatsache, daß die Terroranschläge, die in den vergangenen Wochen Rußland erschütterten, von terroristischen Kreisen verübt wurden, die aus den Erlösen des afghanischen Drogenhandels finanziert werden.

Beim Treffen des NATO-Rußland-Rates in Brüssel am 24. März bot Iwanow den NATO-Staaten die Zusammenarbeit seines Landes bezüglich der Bekämpfung des Drogenanbaus in Afghanistan an. Die Weigerung der westlichen Staaten, sich aktiv an der Zerstörung der Opiumfelder zu beteiligen, veranlaßte dann am folgenden Tag (25. März) das russische Außenministerium zu einer Erklärung, in der diese Entscheidung verurteilt und der Vorwurf gegenüber den USA erhoben wird, mit den Drogenbossen in Afghanistan gemeinsame Sache zu machen.

Aber während EUCOM-Chef Admiral Stavridis auf einer Konferenz warnte, daß sich der Kaukasus zu einer „Zone des Terrorismus“ entwickle und insbesondere das Heroin aus Afghanistan sowie der damit verbundene Menschen- und Waffenschmuggel zur wachsenden Instabilität der Region beitrüge und die NATO mehr gegen den Heroinzufluß aus Afghanistan unternehmen müsse, sehen weder General McChrystal, der Chef der ISAF-Truppen in Afghanistan, noch Richard Holbrooke, Sonderbeauftragter der Obama-Administration für Afghanistan und Pakistan, einen Grund, gegen die Drogen vorzugehen. So bestreitet Holbrooke, daß Opiumproduktion und -handel eine nennenswerte Finanzquelle für die Taliban seien, während unter dem Kommando von General McChrystal die US-Truppen unter dem expliziten Befehl stehen, die Schlafmohnfelder unangetastet zu lassen.

Im Januar 2009 hatte General Bantz John Craddock, der Oberkommandeur der NATO in Europa (SACEUR), militärische

**BüSo**  
Bürgerrechtsbewegung  
Solidarität

Bundesgeschäftsstelle: 06131-237384  
Baden-Württemberg: 0711-6773726  
Niedersachsen: 0163-7774034  
Hamburg: 040-18200658  
Sachsen: 0351-4278140  
Bayern: 089-7254011

Berlin: 030-8023405  
NRW: 0201-3619753

**bueso.de**

# Am 9. Mai in NRW BüSo wählen!

Operationen der NATO gegen die Drogenbarone, Drogenhändler, Rauschgiftlabors und -lager in Afghanistan genehmigt. Aber schon im selben Monat wurde dem Magazin *Der Spiegel* ein diesbezügliches Geheimdokument der NATO zugespielt, und kurze Zeit später endete Craddocks Zeit als Chef von SACEUR - und damit der Versuch, den Drogenanbau zu bekämpfen.

Kurz darauf, im März 2009, gab Richard Holbrooke in Brüssel bekannt, der Kampf gegen den Opiumanbau in Afghanistan werde eingestellt, weil er zuviel koste, den afghanischen Bauern die Lebensgrundlage entziehe und sie so in die Arme der Taliban treibe. Im Mai 2009 entließ Obama plötzlich den Kommandeur des Afghanistan-Einsatzes, General David McKiernan, der das Vorgehen gegen Drogenbarone und Labors unterstützt hatte, und ersetzte ihn durch Gen. Stanley McChrystal, unter dessen Kommando die Truppen explizit angewiesen sind, Mohnanbaufelder, Labors und Lager „in Ruhe zu lassen“.

Tatsache ist, daß die Opiumproduktion seit Beginn der US- und NATO-Besetzung 2001 in Afghanistan um das 40fache(!) angestiegen ist. Tatsache ist auch, daß im Hauptanbaugebiet, der seit 2005 britisch kontrollierten Provinz Helmand, rund 60% der Gesamtproduktion, nämlich ca. 4000 Tonnen Opium pro Jahr, produziert werden. So gehören die Briten denn auch zu den entschiedensten Gegnern der Drogenbekämpfung. „Niemand weiß besser als die afghanischen Politiker über die Geschichte des Landes und den Lebensstil der Menschen bescheid. Deshalb sollen sie selbst, ohne Einmischung von außen, entscheiden, was mit den Anbaufeldern geschehen soll“, so Richard Connelly, britisches Mitglied der ISAF.

Laut eines Berichtes der UN-Drogenbekämpfungsbehörde (UNODC) hat sich die Kontrolle des Drogenhandels seit 2005 konsolidiert, eine aus den Verkaufserlösen finanzierte Pyramide von Drogenbaronen sei entstanden, Polizeichefs der Distrikte und lokale Polizei wirken als Schutzorganisation für Anbau, Handel und das sogenannte Hawala-System, über das Drogen und Geld transferiert werden und das eng mit den Finanzzentren von Karachi, Dubai, Mumbai und London verknüpft ist. Der Chef des UNODC, Antonio Maria Costa, erklärte gegenüber dem österreichischen Magazin *Profil*, wo das reingewaschene Drogengeld dann landet: Es gebe Hinweise darauf, daß man in der seit dem Ausbruch der Finanzkrise aufgetretenen Kreditklemme vor allem im Interbankbereich Gelder aus dem Drogenhandel und



anderen illegalen Bereichen benutzt habe, um einige Banken zu „retten“.

Wenn man die Rolle des Britischen Empires in den Opiumkriegen des 19. Jahrhunderts gegen China bedenkt, dann ist die britische Schutzpolitik für den Drogenanbau in Afghanistan ebensowenig eine Überraschung wie die Rolle des gewaschenen Drogengeldes für das Finanzsystem. Ein weiterer

dringender Grund, eine Pecora-Kommission einzusetzen, die alle diese Zusammenhänge aufklären muß.

Für Afghanistan kann es nur eine Lösung geben, wenn die von LaRouche, Iwanow und McCaffrey vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden. Die Schlafmohn- und Cannabisfelder müssen durch bewährte Methoden eliminiert werden. Die Heroinlabors und Vorratsgebäude müssen aus der Luft zerstört werden, die Befugnis und Verpflichtung dazu müssen in das ISAF-Mandat aufgenommen werden. Insbesondere die USA und Rußland müssen bei diesem Programm zusammenarbeiten.

Für eine Alternativ-Ernte müssen den Bauern ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Erst wenn die USA, Rußland, China, Indien und Iran bei der Umsetzung dieser Politik zusammenarbeiten und der Drogenapparat einschließlich der Geldwäsche zerschlagen ist, kann es zu einem wirklichen Wiederaufbauprogramm, vor allem dem Ausbau von Infrastruktur, Energie- und Stromerzeugung, und der Schaffung von mindestens zwei Millionen Arbeitsplätzen kommen.

Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, hat die Bundeswehr am Hindukusch nichts verloren, sie muß sofort abgezogen werden. Erst nach der Eliminierung von Drogenanbau und -handel kann ein für diesen Zweck zu schaffendes Ingenieurkorps der Bundeswehr beim wirtschaftlichen Aufbau Afghanistans eingesetzt werden!

Die Tatsache, daß die Opiumproduktion seit Beginn des Krieges 2001 um das 40fache gestiegen ist, daß laut Aussagen McCaffreys 68% der afghanischen Bevölkerung niemals Frieden kennengelernt haben, die Lebenserwartung bei 44 Jahren liegt und Afghanistan die höchste Müttersterblichkeit der Welt hat - dies alles macht unmißverständlich deutlich: Der Afghanistankrieg ist völlig gescheitert, weil die Kriegsziele falsch definiert waren.

**Das Leben keines einzigen Bundeswehrsoldaten darf mehr diesem neuen Opiumkrieg geopfert werden, den die Nutznießer gegen die gesamte menschliche Zivilisation führen!**

## Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

- Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen:  
*Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.Nr.: 166 027 676*
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung **Neue Solidarität** vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_ E-mail: \_\_\_\_\_